

Neue Wege der Bürger(innen)beteiligung

Abschied vom alten Denken

Bürger(innen)beteiligung hat Konjunktur. Bürgerhaushalt, Mediation, Runder Tisch, Planungszelle, Aktivierende Befragung, Perspektivenwerkstatt – immer mehr Kommunen gehen unkonventionelle Wege. Wie breit und vielfältig das Spektrum der methodischen Ansätze inzwischen ist, machte die diesjährige Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« deutlich, durchgeführt in bewährter Kooperation von Stiftung MITARBEIT und Evangelischer Akademie Loccum. Zwei außergewöhnliche Referenten bildeten diesmal mit ihren Beiträgen besondere Höhepunkte: Klaus Selle und Otto Herz.

Für Klaus Selle, Professor für Planungstheorie und Stadtplanung an der Universität Aachen ist die Entwicklung der Bürgerbeteiligung während der letzten Jahrzehnte eine »Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern«. Ohne Zweifel: Die Türen und Tore stehen offen, Bürgerbeteiligung erfährt Zuspruch aus allen Lagern. Vielerorts wurden Mitwirkungsrechte und Zugänge zu Entscheidungsebenen erreicht, die vor einigen Jahren noch nicht möglich erschienen. Fast zu jeder wichtigen Frage wird zum Dialog und Diskurs

eingeladen. Die verbale Unterstützung von Offener Planung, Bürgergesellschaft und Bürgerorientierung gehört beinahe schon zur political correctness.

Eine erfreuliche Entwicklung, wären da nicht die Schönheitsfehler. Selle nennt dafür Beispiele:

- Die Sandkastenbeteiligung: die Bürger/innen dürfen sich zwar an vielem beteiligen, aber die wirklich großen Dinge bleiben Chefsache und werden von oben durchgesetzt.
- Die Instrumentalisierung: das Klavier der Bürgerbeteiligung wird gespielt, um sich Legitimation für bereits getroffene Entscheidungen zu beschaffen;
 - den Populismus und die Banalisierung – wo kann man sich heute nicht beteiligen? Es lebe die TED-Umfrage. Aber auch die St. Florians und NIMBYs (Not-In-My-Back-Yard) gibt es allerorten, Synonyme für rücksichtslose Vertretung von Partikularinteressen.

Selle plädiert dafür, in der Bürgerbeteiligung von alten Bildern Abschied zu nehmen. War das Partizipationsverständnis ursprünglich stark vom Denken in Konflikten und Konfrontationen geprägt, so werde deutlich, dass an vielen Problemen eine verwirrende Zahl von Interessen, Akteuren, komplizierten Zuständigkeiten, ungeklärten Verantwortlichkeiten und unklaren Handlungsmöglichkeiten beteiligt sind. Die Probleme sind nicht mehr bilateral anzugehen. Sie bedürfen multilateraler Zugangsweisen und entsprechender Kommunikation. An die Stelle des bipolaren oben/unten Bildes treten horizontale Strukturen. »Das heißt natürlich nicht, dass damit Macht und Herrschaft abgeschafft sind. Nicht alle werden zu Netzwerken zugelassen, und die, die mitmachen, haben zumeist auch nicht das gleiche Gewicht. Aber wer bloß in den Kategorien »bottom up« und »top-down« denkt, trifft möglicherweise die Wirklichkeit nicht mehr.«

Nach Meinung des Bielefeld/Leipziger Reformpädagoge Otto Herz kann insbesondere die Schule zu einer Kultur der Bürgerbeteiligung beitragen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Klaus Selle: »Die Realitäten neu denken«.



Otto Herz: »Die Schule ist der ideale Ort, das Zusammenleben zu lernen.«



(Fortsetzung von Seite 1)

Abschied vom alten ...

Denn es gibt, so Herz, keinen anderen öffentlichen Ort der alle Menschen in unserer Gesellschaft in vergleichbarer Intensität in Anspruch nimmt. »Die Schule ist der ideale Ort, das Zusammenleben zu lernen.« Dazu ist es notwendig, dass sich die Schule der Gesellschaft und die Gesellschaft der Schule öffnet.

Herz ist Mitbegründer des Vereins COMED e.V. – Verein zur Förderung von Community Education in der Bundesrepublik Deutschland. Ziel ist, Schule und Gemeinwesen zusammenzubringen und Lernen mit Blick auf lokale und regionale Entwicklungen zu gestalten. Dazu wird eine intensive Zusammenarbeit mit den Familien, den Nachbarschaften, dem Stadtteil, der Stadt und dem Gemeinwesen angestrebt.

Die Nachbarschafts- oder Stadtteilschulen öffnen sich nach außen und werden als Häuser des Lernens zu Kompetenz- und Begegnungszentren. Umgekehrt wird die Schule verstärkt einbezogen, wenn es darum geht, lokalen Probleme zu lösen. Dadurch werden neue Lern- und Handlungsfelder für zivilgesellschaftliches Engagement eröffnet. Die Schüler(innen) übernehmen Aufgaben außerhalb der Schule, lernen Verantwortung zu tragen und das Gemeinwesen mitzugestalten.

Von Klaus Selle erscheint voraussichtlich im Januar 2005 der Band »Kommunikation gestalten. Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis« (gemeinsam mit Britta Rösener, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur). Siehe auch unter www.pt.rwth-aachen.de/publikationen/in_progress.htm. Informationen zu Otto Herz und zu COMED finden sich unter www.otto-herz.de und www.community-education.de.

Einen Überblick über Verfahren der Bürgerbeteiligung gibt der Reader »Praxis Bürgerbeteiligung – Ein Methodenhandbuch«, Arbeitshilfen Nr. 30, Verlag Stiftung MITARBEIT, 312 S., ISBN 3-928053-84-1, € 10,-, zu beziehen über den Buchhandel und die Bundesgeschäftsstelle.

Die nächstjährige Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« findet vom 2. bis 4. September 2005 statt.



Für ihre innovative Arbeit mit freiwillig Engagierten geehrt: Lydia Müller (Freiwilligenagentur Kaiserslautern: Arbeitsmarktmentoren im Ehrenamt), Nicole Lau (Freiwilligenagentur Münster: »Ambulante Pflege« Einrichtungen in Stadtteilen von Münster), Veronika Förster (Freiwilligenzentrum Chemnitz: Etablierung einer AG »Pro Ehrenamt«) und Frank Gerhold (Kooperationsprojekt der Freiwilligenagentur Marburg, Kassel und Dillenburg: »Lotsen als Wegweiser für bürgerschaftliches Engagement«).

Freiwilligenagenturen

Innovationspreis

Mit einem Innovationspreis für Freiwilligenagenturen unterstützt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) künftig neue Ideen und zukunftsweisende Projekte. Der Preis wurde angeregt und gestiftet von der Stiftung Apfelbaum. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro ging in diesem Jahr zu gleichen Teilen an die Freiwilligenagenturen in Kaiserslautern und Münster, ein Kooperationsprojekt der Freiwilligenagenturen Marburg, Kassel und Dillenburg und das Freiwilligenzentrum Chemnitz. Die Preisverleihung fand im Rahmen der diesjährigen Kooperationstagung der Stiftung MITARBEIT mit der bagfa statt.

Das Projekt »Von Mensch zu Mensch« in Münster setzt sich für den Verbleib hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in ihrem Stadtteil ein. Freiwillige bauen mit Unterstützung der Freiwilligenagentur Stadtteilinitiativen auf.

Die »Arbeitsmarktmentoren im Ehrenamt« wollen einen Beitrag dazu leisten, die Arbeitsmarktsituation in Kaiserslautern zu verbessern. Die freiwillig Engagierten unterstützen von der Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen bei der Arbeitssuche.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Chemnitz ist das Ziel des Projekts »Was ich kann, ist unbezahlbar«. Vertrete-

rinnen von sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Initiativen haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen.

Mit dem »Lotsensystem im Ehrenamt« will das Kooperationsprojekt von Marburg, Kassel und Dillenburg das freiwillige Engagement im ländlichen Raum Nordhessens stärken. Ortskundige Freiwillige fungieren als Berater zwischen Vereinen, Bürger(inne)n und Kommunalverwaltung.

Nähere Informationen bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa), Torstraße 231, 10115 Berlin, Telefon (0 30) 20 45 33 66, Fax (0 30) 28 09 46 99, E-Mail: bagfa@bagfa.de

Neue Wege zu sozialer Gerechtigkeit

Die aktuellen Diskussionen um die Reform des Sozialstaates sind von der Forderung nach »Kürzungen« und »Einsparungen« geprägt. Um eine Gesellschaft zu gestalten, bedarf es jedoch einer Vision. Nur dann wird es auch gelingen, mehr Menschen zur aktiven Mitwirkung und Solidarität zu gewinnen. Einen Entwurf für eine Neugestaltung der sozialen Sicherung und für eine gerechtere Verteilung der Arbeit hat der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) vorgelegt.

Kernelement der sozialen Sicherung in der Vision des BDKJ ist die Einführung eines Grundeinkommens (z.Zt. mindestens EUR 600 pro Person) für alle Menschen, die seit 8 Jahren oder von Geburt an ihren ersten Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ihren Anspruch auf den Erhalt des Grundeinkommens müssen Personen zwischen 18 und 64 Jahren nachweisen durch mindestens 500 Stunden pro Jahr in einem der vier Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit: Familienarbeit, Bildung, Erwerbsarbeit und ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement. Um

Massenarbeitslosigkeit abzubauen, wird die individuelle Jahreshöchstverwerbsarbeitszeit auf 1.500 Stunden begrenzt.

Alle Personen, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, erhalten das Grundeinkommen, wenn sie mindestens für 20 Jahre ihren Anspruch auf den Erhalt des Grundeinkommens nachweisen können. Die Sicherung des individuellen Lebensstandards jenseits des Grundeinkommens ist Aufgabe der privaten Vorsorge. Auch das finanzielle Risiko des Alters, der Erwerbsunfähigkeit und der Arbeitslosigkeit wird durch private Vorsorge abgesichert.

Finanziert wird das Grundeinkommen über Steuern: 40 % der Einkünfte aus allen Einkommensarten werden auf das Grundeinkommen angerechnet. Übersteigt das Einkommen diese Schwelle, entsteht eine Steuerschuld, die schrittweise auf einen Grenzsteuersatz von 53 % ansteigt.

Zudem werden Umsatz- und Verbrauchssteuern, sukzessiv steigende »Ökosteuern« auf Ressourcenverbrauch und eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung herangezogen. Auf diese Weise tragen Arbeitnehmer(innen), Beamtinnen und Beamte, Selbstständige, Vermögende und Arbeitgeber(innen) solidarisch zur sozialen Sicherung bei.

BDKJ e.V. (Hrsg.): Solidarität – Chance für die Zukunft. Vision für eine gerechtere Gesellschaft. Zu beziehen beim Bundesvorstand der BDKJ, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf oder über das Internet unter www.bdkj.de/meinung/archiv_beschl.html.

Zur gesellschaftlichen Bedeutung von Visionen vgl. Joachim Sikora (Hrsg.): Vision-Reader, Katholisch-Soziales Institut, Seelhofer Straße 11, 53604 Bad Honnef, EUR 10,00.

Regio-Netzwerk

Sie heißen »Chiemgauer«, »Berliner«, »Reingold«, »Sterntaler« oder »Justus« – mehr als 50 Regionalwährungen gibt es mittlerweile in Deutschland vom Chiemsee, über Düsseldorf, Gießen und Berlin bis Kamenz. Das Regio-Netzwerk unterstützt den Aufbau regionaler Komplementärwährungen im deutschsprachigen Raum. Zusammengeschlossen haben sich örtliche Initiativen, überregionale Organisationen, Fachleute und engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Regionalwährungen sollen eine sozial und ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung anstoßen und die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken. Im Ergebnis soll ein Gegengewicht zu negativen Globalisierungsfolgen und zur Finanzspekulation geschaffen werden.

Ziel ist es, ungenutzte Ressourcen, Fähigkeiten und Nachfrage zusammenzubringen und soziale, kulturelle und ökologische Projekte zu unterstützen. Dazu wird ergänzend zum Euro ein weiteres Zahlungsmittel eingeführt, das nur innerhalb der jeweiligen Region Gültigkeit hat.

Beispiel: die Regionalwährung »Chiemgauer«. Für einen Euro bekommt man einen Chiemgauer, mit dem man in teilnehmenden Geschäften und Unternehmen alternativ zum Euro bezahlen kann. Die Empfänger(innen) können die Gutscheine selber als Zahlungsmittel verwenden oder bei »Chiemgauer Regional« wieder Eins zu Eins in Euro umtauschen – abzüglich 2 % Servicegebühr und 3 % Prozent für soziale Zwecke. Damit das Geld im Umlauf bleibt, verliert es alle drei Monate 2 % an Wert (»Negativer Zins«). Rund 230 Mitglieder nutzen inzwischen den Chiemgauer.

Das Regio-Netzwerk will helfen, solche Regionalwährungen zu verbreitern, um eine Wirtschaftskultur aufzubauen, die auf Kooperation statt auf Konkurrenz baut. Es will Öffentlichkeit und Medien über die Idee der Regionalwährungen informieren und Politik und Wirtschaft davon überzeugen. Daneben realisiert und koordiniert es Aus- und Fortbildungen, Softwarelösungen inklusive Internetportal sowie Veranstaltungen.

Zum Schutz der Idee der Regionalwährung und zum Schutz der Unternehmen und Verbraucher definiert das Netzwerk Qualitätsstandards. Initiativen, die von dem Regio-Netzwerk unterstützt werden, müssen nachweisen, dass sie gemeinnützig ausgerichtet sind: Alle Gewinne des Rechtsträgers der Regionalwährung werden gemeinnützigen Zwecken zugeführt, ehrenamtliche Mitarbeit ist erwünscht.

Kontakt: Klaus Starke, Telefon (07 11) 78 28 54 44, Telefax (07 11) 4 89 92 41, E-Mail: klaus.starke@klaus-starke.de, www.regionetzwerk.org

Neuerscheinung

Die soziale Stadt

Der aktiven Bürgergesellschaft und den vielen freiwillig Engagierten stehen gesellschaftliche Gruppen gegenüber, die für sich keine Möglichkeit sehen, auf ihre Lebensbedingungen Einfluss zu nehmen. Soll sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nicht auf die bereits Aktiven beschränken, müssen die sozialen Teilhabechancen verbessert und Selbsthilfepotentiale aktiviert werden. Eine neue Publikation reflektiert die Förder-Erfahrungen in benachteiligten Stadtteilen und gibt Handlungsempfehlungen.

Förderprogramme mit integrierten Handlungsansätzen wie die »Soziale Stadt« beinhalten große Chancen, die Lebensbedingungen in benachteiligten Gebieten zu verbessern und die Beteiligung der Bewohnerschaft in der sozialen Stadtentwicklung zu etablieren.

Die Texte der Publikation ziehen eine Zwischenbilanz der Erfahrungen und helfen den verschiedenen Akteuren in den Stadtteilen, die Qualität der getroffenen Maßnahmen zu überprüfen.



Zudem werden die aktuellen Handlungsanforderungen benannt.

Die LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. berät seit dem Start der »Sozialen Stadt« im Jahr 1999 Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten der Bewohnerbeteiligung. *LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.: Die soziale Stadt. Chancen für die Gemeinwesenentwicklung. Beiträge Nr. 20, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2004, 110 S., ISBN 3-928053-88-4, € 5,-, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder den Buchhandel.*

Moderation großer Gruppen

Gruppen mit mehr als 30 Personen stellen besondere Anforderungen an die Moderation und die Seminar-Gestaltung. Die Kommunikation, die Beteiligung aller, die Dynamik vollzieht sich nach eigenen Regeln und Gesetzen. Das gegenseitige Kennenlernen, die Gestaltung der Gruppen-Kommunikation, die »Energizer«, Spiele zur Bewegung einer Gruppe, und inhaltliche Methoden müssen abgewandelt werden und lassen sich nicht in der

von kleinen Gruppen vertrauten Art und Weise anwenden.

Das Seminar (1. bis 2. November 2004 in Bad Honnef bei Bonn) der Stiftung MITARBEIT bietet Menschen, die bereits Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen haben die Gelegenheit, Methoden, Tipps und Tricks für die Moderation großer Gruppen kennen zu lernen und zu erproben.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz (weitz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Unterstützt durch einen Matching Fund

Die Stiftung MITARBEIT will ihre Arbeit auf ein solideres finanzielles Fundament stellen und das Stiftungsvermögen aufstocken. Um dieses Ziel zu unterstützen, hat die Körber Stiftung einen Matching Fund eingerichtet. Jede Zustiftung an die Stiftung MITARBEIT wird von der Körber-Stiftung um 50 % erhöht. Bisher sind durch die »Aktion Zustif-



tung« 63.000 Euro (Stichtag: Ende September) zugestiftet worden.

Die Stiftung MITARBEIT ist als gemeinnützig anerkannt. Alle Zustifter(innen) erhalten am Jahresende eine Bescheinigung fürs Finanzamt. Geben Sie deshalb bitte neben dem Stichwort »Zustiftung« auch Ihre Adresse an. Konto 4 002 461 300 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG (BLZ 430 609 67).

Seminar & Kongress

Kampagnentraining

Praktische Erfahrungen aus der Durchführung von Kampagnen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Kampagnentraining« (18.–20. November 2004 in Havelsee bei Brandenburg). Auf der Grundlage konkreter Beispiele analysieren die Teilnehmenden Kampagnen-Konzepte. Eigene Beispiele werden besprochen und weiterentwickelt.

Nähere Informationen bei Adrian Reinert (reinert@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Streitschlichtungskongress 2004

Die Zahl der Streitschlichtungsprojekte in Schulen steigt stetig. Inzwischen leistet die Streitschlichtung bundesweit einen wertvollen Beitrag zu einem konstruktiven Umgang mit Konflikten und zu einer veränderten Schulkultur.

Der Streitschlichtungskongress (10.–12. Dezember 2004 in Soest) richtet sich an Multiplikator(inn)en, Trainer(innen) und begleitende Lehrer(innen). Der Kongress soll die gegenwärtigen Situation der Streitschlichtung reflektieren, künftige Herausforderungen analysieren und Standards für Streitschlichtungsprojekte diskutieren

Information/Anmeldung bei Ludwig Weitz (weitz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
D-53111 Bonn
Telefon (0228) 6 04 24-0
Telefax (0228) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke
Vorsitzende des Stiftungsrates:
Dr. Diemut Schnetz
Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert